

Gemeindeleitern mit neuen pastoralen Strukturen. So wurden im französischsprachigen Teil des Bistums die Pfarreien zu Pastorkreisen („secteurs“) gruppiert, für die jeweils eine Gruppe („équipe“) von Seelsorgern (Priestern, Diakonen und Laien) zuständig ist; so gibt es Pfarreien ohne Seelsorger am Ort. Andererseits beginnt die Bistumsregion Thurgau mit der Ausbildung von „Mitverantwortlichen in der Gemeindeleitung“. Gedacht ist, daß in einem Pfarreienverband beispielsweise eine Katechetin, ein Katechet, eine Pfarreisekretärin oder auch eine Krankenschwester in einem Dorf nebenamtliche Bezugsperson des Seelsorgeteams ist, dem sie zugehört und dessen Leiter oder Leiterin wohl die Gemeindeleitung innehat, aber in einem anderen Dorf wohnt.

Ähnliche Entwicklungen gibt es auch in den anderen Schweizer Bistümern, auch wenn das Bistum Basel aufgrund seiner sozio-kulturellen Gegebenheiten damit besonders konfrontiert wird und die Bischöfe von Basel seit *Anton Hänggi* (1968–1987) sich dieser Herausforderung mehr als andere gestellt haben. rw

Vorsicht

Gehören islamische Staaten in die Europäische Union?

„Europa ist kein Christenclub“ – so war kürzlich ein Artikel der Hamburger „Zeit“ zu der Frage betitelt, ob die Türkei potentieller Mitgliedsstaat der Europäischen Union sei. Während die einen auf diese Frage mit einem mehr oder weniger klaren Ja antworten, vertreten die anderen, allen voran Bundeskanzler *Helmut Kohl*, mit Nachdruck die Gegenthese: Die Türkei passe als islamisches Land grundsätzlich nicht in das geschichtlich-kulturell christlich geprägte EU-Europa, dessen Erweiterung durch mittelosteuropäische Reformstaaten in

absehbarer Zeit auf der Tagesordnung steht.

Zunächst einmal: Der Islam gehört heute de facto zu Europa, ganz unabhängig davon, ob sich die EU um islamische Länder erweitert oder nicht. Es gibt zum einen die jahrhundertealte islamische Präsenz auf dem Balkan, in Albanien, Bosnien und Bulgarien, sowie in Teilen des europäischen Rußlands. Und es gibt in den allermeisten EU-Staaten muslimische Minderheiten, die als Folge früherer Kolonialherrschaft (England, Frankreich) oder durch Arbeitsmigration (Belgien, Niederlande, Deutschland) ins Land gekommen sind und dort auch bleiben werden.

Dazu kommt, daß die Europäische Union keine „Heilige Allianz“ ist, wie sie seinerzeit dem russischen Zaren Alexander I. als Instrument der Stabilisierung Europas im Geist des Christentums nach den napoleonischen Kriegen vorschwebte und wie sie dann in modifizierter Form 1815 auch beschlossen wurde. Damals unterzeichneten die Monarchen von Rußland, Österreich und Preußen das Gründungsdokument im Namen der heiligen und unteilbaren Trinität. Die Europäische Union ist demgegenüber ein Zusammenschluß von Staaten, die ihren Einwohnern ungeachtet mancher staatskirchlicher Restbestände die individuelle und kollektive Religionsfreiheit garantieren und religiös-weltanschaulich neutral sind.

Die EU ist vor allem aber ein Zusammenschluß rechtsstaatlicher Demokratien. Das ist für die Frage eines Beitritts der Türkei derzeit auch der entscheidende Punkt: Die europäische Familie kann kein Mitglied gleichberechtigt aufnehmen, in dessen Gefängnissen gefoltet wird, dessen Streitkräfte Krieg gegen die kurdische Autonomiebewegung führen. Wäre die Türkei ein in jeder Hinsicht funktionierender, über alle Zweifel erhabener demokratischer Rechtsstaat mit islamischer Bevölkerung, hätten es die Gegner einer EU-Mitgliedschaft für das Land mit ihren Argumenten wesentlich schwerer.

Einen demokratischen Rechtsstaat nach europäisch-nordamerikanischem Muster sucht man in der Europas südlich und östlich benachbarten islamischen Region insgesamt vergebens, auch wenn sich die Länder zwischen Marokko und Syrien nicht über einen Kamm scheren lassen. In der Türkei, deren Verfassung und Rechtsordnung unter Atatürk bewußt nach westlichem Vorbild und im Bruch mit der islamischen Tradition gestaltet wurden, spielt sich seit Jahren eine religionspolitische Auseinandersetzung um den künftigen Stellenwert des Islam ab, deren Ausgang schwer vorauszusagen ist. Und in anderen islamischen Ländern können sich Regierungen und etablierter Islam nur mit Mühe der islamistischen Bewegungen erwehren, die von den sozialen Mißständen profitieren.

Angesichts der Gärungsprozesse in der islamischen Welt einerseits und den noch längst nicht bewältigten Integrationsproblemen der muslimischen Minderheiten in den EU-Mitgliedsstaaten spricht deshalb im Augenblick deutlich mehr *gegen* eine EU-Erweiterung durch die Türkei in absehbarer Zeit als dafür. Europa muß sich mit dem Islam in seinen bekanntlich sehr unterschiedlichen Facetten und Strömungen sicher intensiver als bisher auseinandersetzen. Vereinfachende und leicht zu instrumentalisierende Klischeevorstellungen vom „christlichen Abendland“ und seiner angeblichen Bedrohung durch den Islam helfen nicht weiter.

Gleichzeitig sind die europäischen Demokratien dazu herausgefordert, ihre Konzeption von Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Grundrechten und Religionsfreiheit offensiv und selbstbewußt zu vertreten, mitsamt den – nicht nur, aber auch – christlichen Wurzeln und Grundlagen dieser Konzeption. Damit wird nicht automatisch der Islam diskriminiert, den es als einheitliches Gebilde gar nicht gibt. Aber es werden die aus europäischer Sicht unumgänglichen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für das Verhältnis von Islam und Europa markiert. ru